

Die Gegenwart der Vergangenheit

Grüne Initiativen und Veranstaltungen im Gedenkjahr 2008

Vorwort



2008. Schon wieder ein Gedenkjahr. Dabei plagen wir uns noch mit den Nachwehen des „Gedankenjahres“ 2005, in dem man nicht müde wurde, uns in wenig durchdachten Events und hurrapatriotischen Ausstellungen die „Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik“ zu erzählen. Was wurde nicht alles gefeiert: das Kriegsende, der Staatsvertrag und – schon deutlich weniger euphorisch – der Beitritt zur Europäischen Union.

2008 bietet weniger Anlass für Feststimmung. Zwar wurde vor 90 Jahren die Republik proklamiert, vor 60 Jahren die Deklaration der Menschenrechte beschlossen, und die StudentInnenunruhen bereiteten vor 40 Jahren den Boden für eine allmähliche Öffnung der Nachkriegsgesellschaften auf; all diese Ereignisse werden wir

heuer entsprechend würdigen. Das bestimmende Datum dieses Jahres ist allerdings der 12. März 1938, der Tag des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich. Hier wollen die Grünen ansetzen. Nicht feiern, sondern denken. Nicht Weihrauch schwingen, sondern konkrete legislative Maßnahmen setzen. Der Zustand der jüdischen Friedhöfe in Österreich ist mit verahrlacht nur unzureichend beschrieben. Einen Initiativantrag zur Rettung dieser Kulturstätten haben wir gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt. Weiters werden wir uns für die Würdigung jener Opfergruppen des Nationalsozialismus einsetzen, die bislang kaum Erwähnung gefunden haben: Deserteure, Wehrkraftzersetzer, Homosexuelle und wegen sogenannter Asozialität Verfolgte. Ihrer Rehabilitation wollen wir mit einem umfassenden NS-Aufhebungsgesetz Rechnung tragen.

Außerdem wollen wir eine Novelle des Kunstrückgabegesetzes erreichen, Alternativkonzepte zum Haus der Geschichte präsentieren, vergangenheitspolitischen Initiativen aus den Bundesländern eine Plattform bieten und es auch jungen Frauen ermöglichen, Gedenkdienst in Auschwitz, Ravensbrück oder Yad Vashem zu leisten. Es gibt viel zu tun. Begleiten und unterstützen Sie uns dabei.

Ihre Eva Glawischnig
Ihr Alexander Van der Bellen

Die jüdischen Friedhöfe in Österreich



Der jüdische Friedhof in Wien-Währing. Foto: Israelitische Kultusgemeinde

Am 17. Jänner 2001 unterzeichnete Österreich das Washingtoner Abkommen und verpflichtete sich dadurch dazu, die jüdischen Friedhöfe im Land zu erhalten und gegebenenfalls zu sanieren. Mittlerweile sind sieben Jahre ins Land gezogen, passiert ist gar nichts.

Die Regierungsparteien warten auf einen „geeigneten Zeitpunkt“; in einem Ministerratsbeschluss im November 2007 wurde

lediglich vereinbart, Gespräche zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung aufzunehmen. Unterdessen sind die Gräber auf den Friedhöfen dem Verfall preisgegeben. Die Halacha, das religiöse Gesetz der Juden, verpflichtet die jüdischen Gemeinden zur immerwährenden Erhaltung ihrer Friedhöfe und Grabstätten. Durch die Zerstörung der Kultusgemeinden während der NS-Zeit sind diese aber schlicht nicht dazu in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Das Argument, dass die Familien ihre Gräber selbst pflegen sollen, gilt nicht. Denn Familien, Hinterbliebene, Nachkommen gibt es zumeist nicht. Sie wurden vertrieben, ermordet. Staatliches Handeln ist gefordert.

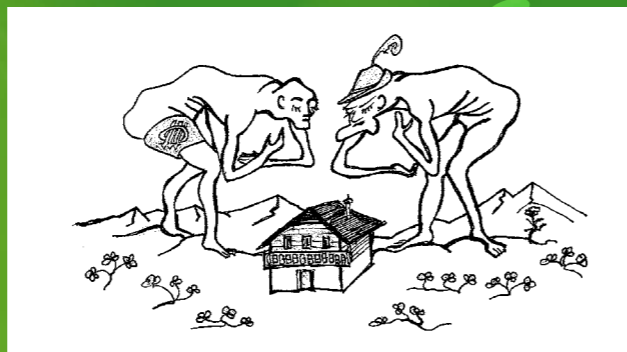
Die Grünen wollen dem Kompetenz-Hickhack zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht länger zusehen. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden wurde von den Grünen ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der sich am bereits seit 1948 bestehenden und ausgezeichnet funktionierenden Bundesgesetz zur Fürsorge für die Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler orientiert.

Es darf nicht sein, dass die Republik die Gräber von Waffen-SS-Männern pflegt, jüdische Gräber hingegen weiterhin verfallen lässt.

Nähere Informationen und Fotomaterial finden Sie unter www.gruene.at/topstories/juedische_friedhoeft
www.glawischnig.at



Courtesy of Yad Vashem The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority



Das Museum der großen Koalition. Illustration: Wolfgang Zinggl nach Paul Klee

Frauen und Gedenkdienst

Über die Hälfte der ErstinteressentInnen für einen Freiwilligeneinsatz beim Verein Gedenkdienst sind weiblich. Anders als in Deutschland können in Österreich Frauen jedoch nur auf eigene Kosten Gedenkdienst leisten.

Die Grünen wollen diesen unbefriedigenden Zustand ändern. Im Gedenkjahr 2008 unterstützt der Grüne Parlamentsklub den Geschwister-Mezei-Fonds des Vereins Gedenkdienst, der eingerichtet wurde, um auch Frauen die Ableistung eines Freiwilligen Dienstes an einer ausländischen Gedenkstätte oder einer Opferfürsorgeinstitution zu ermöglichen. Darüber hinaus werden die parlamentarischen Möglichkeiten ausgeschöpft, um Frauen und Männern gleichberechtigt den Gedenkdienst im Ausland zu ermöglichen.

Mobile der Geschichte

Österreich braucht kein „Haus der Geschichte“, das sowohl Museum als auch Ausstellungshalle, sowohl Forschungsinstitut als auch Vernetzungsstelle sein will und die autoritative, in Beton gegossene Geschichte der Republik erzählt. Stattdessen fördern die Grünen Teams von WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen, die unter dem Titel „Mobile der Geschichte“ didaktische Konzepte entwickeln, die sich eng umrissenen Themen unter Anknüpfung an aktuelle Fragestellungen widmen (etwa: Propagandabilder – Heldenplatz einst und jetzt; die Instrumentalisierung der darstellenden Kunst im Nationalsozialismus) und die an Gymnasien, Volkshochschulen etc. zum Einsatz kommen sollen. Daraus entsteht ein facettenreiches, multiperspektivisches Bild der österreichischen Geschichte.



NS-Aufhebungsgesetz

Die Grünen fordern ein dem heutigen Wissensstand entsprechendes, umfassendes NS-Aufhebungsgesetz, das zum einen alle Urteile explizit und unmissverständlich für null und nichtig erklärt und zum anderen deren Unrechtscharakter hervorhebt. Im Unterschied zu Deutschland existiert in Österreich bisher keine derartige Regelung. Dabei sollen insbesondere die in der Zweiten Republik marginalisierten Opfergruppen berücksichtigt werden: Homosexuelle, Deserteure oder sogenannte Asoziale. Die Grünen werden die Justizministerin nachdrücklich an ihre Ankündigung hinsichtlich eines „Maßnahmenpaketes 2008“ erinnern. Darüber hinaus werden die Grünen einen konkreten Gesetzesentwurf vorlegen, der etwa Opfer der NS-Militärjustiz, die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen oder Zwangsterilisierte rehabilitiert.

Kunstrückgabe

Das Kunstrückgabegesetz ist mittlerweile zehn Jahre alt. Was 1998 noch eine zukunftsweisende Maßnahme war, ist nun dringend reformbedürftig. Nicht geregelt sind etwa der Status der Kommission für Provenienzforschung oder der Umgang mit vor 1938 in Deutschland entzogenen Kunstwerken. Vor allem aber fordern ExpertInnen die Einbeziehung der Stiftung Leopold in die Kunstrückgabe. Weiters sind das Kunsthistorische Museum, das Heeresgeschichtliche Museum, aber auch einige Museen in den Bundesländern in Fragen der Provenienzforschung zumindest als nachlässig zu bezeichnen. Die Grünen werden daher in Kooperation mit ExpertInnen eine Novelle des Kunstrückgabegesetzes ausarbeiten und Vorschläge vorlegen, wie die Stiftung Leopold zur Kunstrückgabe verpflichtet werden kann.

Wehrmachtsdeserteure



H. C. Artmann, Dichter und Wehrmachtsdeserteur. Foto: ÖNB; Friedrich Cerha, Komponist und Wehrmachtsdeserteur. Foto: Universal Edition; Richard Wadani, Sprecher des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ und Wehrmachtsdeserteur. Foto: privat; Oskar Werner, Schauspieler und Wehrmachtsdeserteur. Foto: ÖNB

Die Opfer der NS-Militärjustiz gelten zwar durch das von den Grünen erkämpfte Anerkennungsgesetz 2005 als rehabilitiert. Noch immer aber fehlt ein eindeutiges, unmissverständliches Bekenntnis der Republik zu den Deserteuren, den Kriegsdienstverweigerern und Wehrkraftzersetzer, die durch ihre Taten zu einem rascheren Ende des Zweiten Weltkriegs beitrugen. Außerdem agieren sowohl Sozial- als auch Justiz-

ministerium in der Vollziehung und Umsetzung des Anerkennungsgesetzes äußerst lasch. In weiten Teilen der Bevölkerung gelten Deserteure immer noch als Feiglinge und Verräter. Um diese Vorurteile zu bekämpfen, soll spätestens 2009 die NS-Militärjustiz-Ausstellung „Was damals Recht war ...“ der Berliner „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Wien gezeigt werden.

Von der Peripherie ins Zentrum

Zahlreiche lokale Initiativen leisten in Österreich seit Jahren wertvolle vergangenheitspolitische Arbeit – zumeist ohne öffentliche Anerkennung und häufig unter prekären finanziellen Bedingungen. Die Grünen werden diese Initiativen im Jahr 2008 aus der Peripherie ins Zentrum holen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Tätigkeiten im Parlament zu präsentieren. Dabei werden Orte der Erinnerung, die Bedeutung von Mikrogeschichte und didaktische Konzepte ebenso Thema sein wie finanzielle Probleme, politische Konflikte und zukünftige Projekte.



Nachwort

Warum gedenken?

Wenn sie nicht in Wien leben, kennen österreichische Kinder und Jugendliche kaum mehr jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und wissen zumeist nur wenig über die anderen ausgegrenzten Opfer des Nationalsozialismus: die Deserteure, die politisch Unerwünschten, die Homosexuellen, die „Asozialen“. Letzteren haftet nach wie vor das Stigma an, dass sie es eh irgendwie verdient hätten, und Deserteure gelten als Verräter, die flüchteten, während andere ihr Leben für Führer und Vaterland riskierten.

Dem gegenüber steht die Wehrmacht, deren Rolle bis heute beschönigt wird. Denn solange die Wehrmachtssoldaten die Front hielten, konnten die Vernichtungslager ihren Betrieb aufrechterhalten.

Die Realität 2008: Kriegsgefangene sind unter Schwarz-Blau großzügig entschädigt worden, NS-Opfer und ihre Angehörigen kämpfen hingegen immer noch um späte Würde und Anerkennung. Ich wünsche mir eine rege Beteiligung aller Generationen an unserer Veranstaltungsreihe.

Ihre Daniela Graf

Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt



© Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Grüne Veranstaltungsreihe im Gedenkjahr 2008 – bitte anmelden!

Die Grünen werden zu den in diesem Folder angesprochenen Themenfeldern im Laufe des Gedenkjahres 2008 gesonderte Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchführen.

Wenn Sie daran interessiert sind, die eine oder andere Veranstaltung zu besuchen, so schicken Sie uns bitte ein kurzes E-Mail mit Ihrem Namen und Ihrer Postanschrift an: **gedenkjahr2008@gruene.at**

Sie erhalten dann rechtzeitig vor jeder Veranstaltung eine Einladung.

Vorschau auf 2009

Im September 2009 soll die Wanderausstellung „Was damals Recht war ...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ in Wien gezeigt werden. Die Grünen unterstützen diese Bemühungen.